

Regina R.

**Netzentwicklungsplan Strom
Postfach 100 572**

10565 BERLIN

Sehr geehrte Damen und Herren,

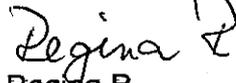
ich wende mich entschieden gegen den Plan der 4 großen Übertragungsnetzbetreiber zur Errichtung von 3.800 km neuen Höchstspannungstrassen von Nord- nach Süddeutschland die angeblich für das Gelingen der Energiewende unverzichtbar sind. Insbesondere habe ich folgende Einwände:

- 1) Der Netzentwicklungsplan ignoriert das enorme Ausbaupotenzial der Erneuerbaren Energien, besonders der Windenergie, in Süddeutschland. Ein hohes Windstromangebot aus dem Norden behindert den Aufbau dezentraler Versorgungsstrukturen aus erneuerbaren Energien im Süden sowie die regionale Wertschöpfung.
- 2) In dem Szenario mit dem stärksten Zubau an Erneuerbarer Energie (C) geht der Netzentwicklungsplan von einer installierten Solarstromleistung von 48,8 GW für das Jahr 2022 aus. Das bedeutet ab jetzt einen jährlichen Zuwachs von 2,4 GW. In den Jahren 2010 und 2011 lag der Zuwachs bei jeweils mehr als 7 GW. Bereits für Ende April 2012 meldet die Bundesnetzagentur einen Zubau von über 2,3 GW. Diese Zahlen verdeutlichen, dass die Netzbetreiber davon ausgehen, dass die Solarenergie, wie von der Bundesregierung gewollt, ausgebremst wird.
- 3) Viele Bundesländer treiben ihre Pläne zur regionalen Ausschöpfung ihrer Energiepotenziale voran. Sichtbares Zeichen dafür sind die zahlreichen jetzt schon funktionierender 100%- Erneuerbare Energien-Regionen. Diese Entwicklung findet keine angemessene Beachtung im Netzentwicklungsplan und lässt an den dort propagierten Ausbautzahlen zweifeln.
- 4) Sechs von rund zwanzig im Bau befindlicher oder geplanter Kohlekraftwerke befinden sich in der Küstenregion, wo ohnehin schon ein (angeblicher) Windstromüberschuss besteht, der zur Begründung des Leitungsausbaues herhalten muss. Der Bedarf an Leitungen verringert sich gravierend, wenn Kraftwerke dort gebaut werden, wo die Energie auch benötigt wird. Es drängt sich der Verdacht auf, dass die geplanten Leitungen vornehmlich zum Abtransport des Kohlestroms genutzt werden sollen, um eine Reduzierung der Kraftwerksleistung bei hohem Windstromangebot zu vermeiden. Dieser Aspekt macht eine Neubewertung des Leitungsbedarfs durch unabhängige Einrichtungen dringend nötig. Zugleich machen zusätzliche Kohlekraftwerke nach Aussagen der Bundesregierung und des EU-Kommissars Oettinger CCS erforderlich, um die Klimaschutzziele zu erreichen. Die Endlagerung von CO₂ unter fast die Hälfte der Fläche der Bundesrepublik plus Nord- und Ostsee mit einem geplanten europaweiten CO₂-Pipeline-Netz von 22.000 – 37.000 km Länge wird – z.B. laut Studie des DIW - die Stromgestehungskosten verdoppeln.

5) Zum Ausgleich der schwankenden Angebote bei Wind- und Sonnenstrom stehen zahlreiche Möglichkeiten bereit : Anpassung des Verbrauchs an das wechselnde Angebot durch Lastverschiebung, Kombination von Sonnen- und Windenergie mit Biogasanlagen und Blockheizkraftwerken, Speicherung von Stromüberschuss durch Batterien, Elektrolyse und Windgas oder in Speicherseen sowie grundsätzlich die Ausschöpfung der Energieeffizienzpotenziale. Die konsequente Förderung und Nutzung dieser Möglichkeiten reduziert den Leitungsbedarf, was jedoch im Netzentwicklungsplan keine Beachtung findet.

6) Insgesamt ist es mehr als fragwürdig, die Netzausbauplanung den Netzbetreibern zu überlassen, die an Bau und Betrieb von Leitungen verdienen, eng mit den 4 Energiekonzernen verbunden sind und ein Interesse an der Festlegung des derzeitigen zentralistischen Systems der Energieerzeugung und -verteilung haben. Der Netzentwicklungsplan behindert somit eine zügige Energiewende und erhöht die Kosten für die Verbraucher.

Mit freundlichen Grüßen


Regina R.